

Vietnam: Den Krieg gewonnen, aber den Frieden verloren?

Notizen von einer „Rückreise“ nach Vietnam

Mit ein paar Sätzen sagen, was mich auf der Reise durch Vietnam im Februar/März 1991 besonders bewegt hat? Zuallererst, daß es keinen Aggressionskrieg der USA mehr gibt und Frieden herrscht! Eine späte Erkenntnis? Da ich Vietnam nur im Krieg kennengelernt habe, haben sich die Erinnerungen an verstümmelte Menschen und verbrannte Kinder aus meiner Tätigkeit als Sanitäter in der Zeit von 1968-74 tief eingepägt. Seitdem hatte ich keine Möglichkeit, das Land wieder zu besuchen. Außerdem fand die Reise in den Wochen statt, in denen die USA sich ihr Vietnamtrauma im Irak von der Seele zu bomben versuchten, und wiederum Menschen und ein Land der Dritten Welt unter ihrem Machtanspruch zu leiden hatten.

„...hundertmal schöner wiederaufbauen.“

Niemand sprach von sich aus über den Krieg, weder in Hanoi, Da Nang oder Saigon, obwohl fast jede Familie Opfer zu beklagen hat, und die Auswirkungen überall sichtbar sind. Das Land ist von (Helden-) Friedhöfen übersät, und in jeder größeren Stadt steht ein Kriegs- oder Revolutionsdenkmal. „Die Kriege sind vorbei, aber die Revolutionsveteranen sind immer noch an der Macht. Wir aber sind die Nachkriegsgeneration und haben ganz andere Probleme. Daraus ergeben sich große Spannungen“, kommentierte ein Anhänger der Reformbewegung in Hanoi, Chefredakteur einer neugegründeten Wochenzeitschrift mit einer starken Auflage.

Die Menschen des Landes sind sehr arm, ihr Leben ist karg und bescheiden, besonders in Hanoi und im Delta des Roten Flusses. Ho Chi Minhs Versprechen: „Nach dem Kriege werden wir unser Land hundertmal schöner wiederaufbauen“, ist von seinen Erben nicht eingelöst worden. Sie haben mit ihrem Sozialismusmodell die Unterentwicklung und die Folgen des Krieges nicht überwunden, bestenfalls die Armut gleich verteilt. Vietnam gehört zu den Ländern mit dem niedrigsten pro Kopf Einkommen der Welt. Ho Chi Minh ist wie ein Heiliger aus den Gefühlen der Menschen entrückt und zur „Ehre der Altäre“ erhoben worden. Die „Gedanken Ho Chi Minhs“ dienen heute eher zur Legitimation des Machtanspruchs der Partei. Seine bescheidene Hütte im Garten des französischen

Gouverneurspalastes steht im extremen Kontrast zu seinem Mausoleum im Stile Lenins und Maos, in dem er wie eine Staatsleiche mit einem Gesicht wie aus Porzellan präsentiert wird. Und er ist nirgends so tot, wie in dem nach ihm benannten Saigon, wo man ihn erst 1990 zu seinem hundertsten Geburtstag in Bronze im Stadtzentrum aufgestellt hat. Bui Tin, der legendäre Befreier Saigons und stellvertretende Chefredakteur der Parteizeitung Nhan Dan, hat die Fälschung seines Testaments durch die Partei nachgewiesen, daß der Kult nicht seiner Absicht entsprach. Er ist inzwischen wegen weiterer Kritik aus der Partei ausgeschlossen worden, lebt in Paris im Exil und ist einer der prominentesten Dissidenten des Landes.

Die Hauptstadt Hanoi wirkt wie ein riesiges Dorf zwischen schönen Seen und heruntergekommenen Kolonialpalästen, in denen sich die Partei und der Staatsapparat festgesetzt haben. Der Fahrradverkehr, die kleinen Straßengeschäfte und die bunten Märkte würden Hanoi zu einer liebenswerten Stadt mit dörflichem Charakter machen, wenn die bittere Armut nicht wäre. Die Arbeitslosen (40-50 %, 30 % landesweit) und die Beschäftigten in Staatsbetrieben (25 % aller Arbeitnehmer) sind am schlimmsten dran, sie leben größtenteils unter dem Existenzminimum. Im März reichten 50.000 Dong (10 DM), das Monatseinkommen eines Fachar-

beiters, gerade für 20 Kg Reis oder 3 Kg Fleisch. Davon kann man nicht leben. Die Inflation betrug Anfang 1991 monatlich 15 % und wird bis Ende 1991 auf 400 % geschätzt. Im noch ärmeren Zentralvietnam ohne landwirtschaftlichem Hinterland, wie in Da Nang, haben die Wirtschaftsreformen von Doi Moi (Erneuerung) seit 1988 die seltsamsten Blüten getrieben. Seitdem die doppelte Preisstruktur abgeschafft und der Schwarzmarkt praktisch legalisiert wurde, sind die Märkte voll von (Schmuggel-) Waren, aber niemand kann sie bezahlen. Die Verkäufer stehen buchstäblich für einen Kunden an. Die Enttäuschung über die Wirtschaftsreform und den Haß auf die Parteiführung in Hanoi kann man spüren. Die Bevölkerung im Zentrum und Süden lebt wie mit der Faust in der Tasche. In Saigon wird ganz offen Kritik am „Norden“ geübt, und über die Partei werden die abfälligsten Witze gerissen. Mit Schadenfreude verfolgt man den Zusammenbruch der zentralen Planwirtschaft und feiert mit Genugtuung die Rückkehr zur kapitalistischen Marktwirtschaft. Die Demütigung und Bevormundung durch den Norden nach der Übernahme von 1975 ist in lebendiger Erinnerung, wie ein Wirtschaftswissenschaftler und neuerdings Präsident einer Handels- und Finanzierungsgesellschaft sagte: „Die Partei braucht uns, um die marode Wirtschaft zu retten.“



Ho Ci Minh Mausoleum in Hanoi

Jetzt sollen wir genau das tun, wofür wir vorher bestraft wurden: Außerlandsge-schäfte betreiben und Devisen erwirt-schaften. Jetzt haben wir den Norden durch unseren Vorsprung an wirtschaft-lichem Know How und Verbindungen in den Westen in der Hand.“ Er war 1975 wegen „Wirtschaftsvergehen und Auslandskontakte“ für vier Jahre inhaf-tiert worden.

Freunde und Kritiker im Gefängnis

Am bewegendsten war das Wiedersehen mit Freunden nach so langer Zeit, mit denen ich zusammengearbeitet oder auch politische Überzeugungen geteilt hatte.

Einer von ihnen war Pfarrer Do Ba Ai, mit dem ich 1969 ein Ernährungsprogramm für umgesiedelte Flüchtlinge in der Provinz Quang Tri organisiert hatte. Er war kaum wiederzuerkennen. Zehn Jahre Gefängnis mit mehreren Jahren Einzelhaft haben ihn zum Wrack gemacht, er ist fast blind und schwer herzkrank. Sein jüngerer Bruder, Pfarrer Do Ba Cong, war sogar 11 Jahre inhaftiert. Das ohne Anklage und Gerichtsverfahren, nur wegen „Beteiligung an strategi-schen Umsiedlungsprojekten während des Krieges.“ Objektiv hatte er dadurch die US-Kriegsführung unterstützt, vom humanitären Standpunkt jedoch die Flüchtlinge vor dem Hungertod be-wahrt, was subjektiv in seiner Intention lag. Er hat jetzt einen Ausreiseantrag ins Ausland gestellt. Wie Pfarrer Do Ba Ai hat die Partei viele gutwillige Bürger durch ideologisch begründete Maßnah-men, wie „Umerziehung“ oder jahrelan-ge Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren, entfremdet oder veranlaßt, in ris-kanter Weise das Land zu verlassen.

Sehr bewegend war das Widersehen mit Marie Angela, einer liebenswürdi-gen kath. Nonne in Da Nang, die inzwi-schen achtzig Jahre alt ist. Während des Krieges wurde sie „Mutter Theresa von Da Nang“ genannt wegen ihrer Sorge für „weggeworfene“ Babies. Ihr Wai-senhaus wurde 1975 geschlossen, und man hatte ihr und ihren Schwestern je-de Form von Sozialarbeit verboten. Aber kürzlich hatte das Volkskomitee von Da Nang und Quang Nam sie ge-behen, eine Schule für Blinde einzurich-ten, für die sie jetzt Unterstützung aus dem Ausland sucht.



„Mutter Theresa“ von Da Nang

Es war mir jedoch nicht möglich, einen alten Freund und „Gesinnungsgenossen“ wiederzutreffen, den inzwischen siebzigjährigen Pater Chan Tin, der am 16. Mai 1990 zusammen mit Prof. Nguyen Ngoc Lan und anderen Kriti-kern in Saigon verhaftet wurde und seit-dem in einem Dorf 40 Km außerhalb Saigons in der Verbannung lebt. Er

schickte mir dafür einen Gruß mit sei-ner Klage: „Man hat mich ohne Prozeß zu drei Jahren Exil verdammt, unter Mißachtung der Bürgerrechte. Ich darf mein Dorf nicht verlassen, keinen Got-tesdienst und keine Predigt in der Kir-che halten und bin verpflichtet, mich al-le 15 Tage bei der Polizei zu melden. Schau, so geht man mit den Menschen-rechten um!“ Er hatte sich vor 1975 während des Thieu-Regimes sehr enga-giert für die politischen Gefangenen eingesetzt, wohl nicht ahnend, daß er nach der Befreiung selbst ein Opfer wer-den würde. Als Anhänger der Theologie der Befreiung war er immer für ein poli-tisches Engagement der Kirchen und Religionsgemeinschaften eingetreten, hatte aber für eine kritische Kooperati-on mit der Partei plädiert. Zu Ostern 1990 hatte er den Reformkurs von Doi Moi der Partei beim „christlichen Wort“ genommen und auch die Partei-führung zu „Umkehr und Buße“ aufge-fordert. Wie die Führung mit Grund-



In der Verbannung: Pater Chan Tin (auf einem Foto von 1973)

Das neue Programm im Geiste von gestern

Ein neues Programm zu verabschie-den, das erste seit 1930, ist eine der Aufgaben des kommenden VII. Par-teitages der KP Vietnams. Während der Entwurf des Dokuments über die „Strategie der sozioökonomischen Entwicklung bis zum Jahr 2000“ vom Geist des Pragmatismus, der wirt-schaftlichen Öffnung und der Ein-führung von Marktmechanismen ge-prägt ist, zeigt die „Plattform“ für den Aufbau des Sozialismus in der Über-gangsperiode“, wie weitgehend die Dogmen des realen Sozialismus noch Denken und Handeln der viet-namesischen Führung bestimmen. Der Zusammenbruch des Sozialis-mus in Osteuropa hat die „alten

Männer“ in Hanoi kaum ins Wanken gebracht.

Schon in der Einleitung des im Herbst 1990 auf einer ZK-Tagung verabschie-deten Entwurfs wird deutlich, daß die Führung der Kommunistischen Partei nicht gewillt ist, ihre Macht zu teilen, geschweige denn von ihr abzutreten. „Ohne die führende Rolle der kommunistischen Partei“, so ist an mehreren Stellen zu lesen, „ist es unmöglich, zum Sozialismus voranzuschreiten.“ Es ist deshalb nicht zufällig, daß immer wie-der in einem Atemzug von „Partei und Staat“ gesprochen wird, und daß die vietnamesische Führung daran festhält, daß beide nach den Prinzipien des „de-

mokratischen Zentralismus“ organi-siert sein müssen.

Entsprechend finden die Ausführun-gen über demokratische Strukturen im politischen System Vietnams ihre Be-grenzung. Schon weit vor der Tolerie-rung eines Mehrparteiensystems be-grenzt die „Plattform“ die demokrati-schen Rechte der Bürger. Zwar soll ih-nen der Anspruch auf „Information und Freiheit der Rede“ garantiert werden, gleichzeitig wird aber die Aufgabe von „Partei und Staat“ betont, „Tendenzen einer formalistischen, extremistischen und bourgeoisen Demokratie“ zu über-winden. Und was das ist, das hat bisher auch in Vietnam immer noch die Partei bestimmt.



Da Nang: Die Verkäufer stehen an.

rechten umgeht, zeigt die Anschuldigung gegen ihn: „Er diskreditiert unsere Partei und den Reformkurs des Staates, indem er Katholiken dazu bewegt, Menschen- und Bürgerrechte einzufordern.“

Nach Recherchen von Amnesty International (ai) sind über 60 „prominente“ politische oder Gewissensgefangene in-haftiert, Schriftsteller, Journalisten, Buddhisten und Kirchenführer, teils seit vielen Jahren und ohne Gerichtsverfah-ren. In jüngster Zeit sind viele Opposi-tionelle und Dissidenten festgenommen worden. Es war ein Schock, wie der stellvertretende Außenminister Vu Khoan in Hanoi auf die Frage nach den politischen Gefangenen reagierte. Es gebe keine politischen Gefangenen und die Behauptung sei eine Erfindung und Propaganda des Auslandes, Vietnam zu diskreditieren und zu destabilisieren.

Wenn Bauern das Land selbst wieder in die Hand nehmen

Das seit dem VI. Parteitag von Ende 1986 eingeleitete Reformpramm Doi Moi ist unter dem Eindruck des Zusammenbruchs der sozialistischen Gesell-schaftssysteme in Osteuropa seit Mitte 1989 fast wieder eingestellt und aus-schließlich auf Wirtschaftsreformen be-schränkt worden. Die Ergebnisse der Reprivatisierung in der Landwirtschaft, Industrie und im Handel sind jedoch so überzeugend, daß der Ruf nach weiter-gehenden, und vor allem damit verbun-denen politischen Reformen, immer stärker wird. Die Landwirtschaft hat in zwei Jahren nicht nur die Selbstversor-gung mit Nahrungsmitteln gesichert, sondern sogar den Export von jährlich über 1 Mio. t Reis ermöglicht, wodurch Vietnam nach den USA und Thailand

Ähnlich widersprüchlich sind die Aus-führungen über die Wirtschaftsstrate-gie. Zwar akzeptiert die vietnamesische Führung heute eine „Mehrsektoren-wirtschaft“, die auch den privaten Sek-tor einschließt, betrachtet dabei aber den „Staats- und Kollektivsektor als Grundlage“. Eine Forderung, die ange-sichts der agrarisch bestimmten vietna-mesischen Wirtschaftsstruktur kaum Lösungen verspricht.

Unlösbare Widersprüche ergeben sich auch aus dem Versuch der „Plattform“, Markt- und Planwirtschaft miteinander zu verbinden. Denn als Ziel wird die „Entwicklung einer Warenwirtschaft“ formuliert, die im Unterschied zur kapi-talistischen Warenwirtschaft jedoch ei-nen „sozialistisch orientierten“ Charak-ter besitzen soll. „Marktmechanismen unter staatlicher Kontrolle“ heißt das

Schlüsselwort, mit dem Unvereinbares zusammengebracht werden soll.

Besonders stark zeigt sich das Festhal-ten an alten Dogmen in der Einschät-zung der internationalen Beziehungen. Ausgehend von der Betonung des sich verschärfenden Kampfes zwischen Ka-pitalismus und Sozialismus wiederholt die „Plattform“, daß unsere Epoche „durch den weltweiten Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus gekenn-zeichnet bleibt.“ Diese Auffassung gibt nicht nur die Rechtfertigung für die Auf-rechterhaltung oder sogar Verschärfung des Kampfes gegen Abweichler, sondern schlägt sich in einer, den prak-tischen Anstrengungen zuwiderlaufen-ten Prioritätensetzung für die Außen-politik nieder. Denn die „Plattform“ be-tont den Vorrang der Beziehungen zur UdSSR und den anderen sozialistischen

zum drittgrößten Reisexporteur gewor-den ist. Die Partei klammert sich offen-sichtlich an den Inbegriff von Sozia-lismus und die wirtschaftliche Basis ih-rer Existenz. Durch die drastische Kür-zung der sowjetischen Hilfe (Treibstof-fe, Stahl, Kunstdünger, Baumwolle u.a.) und die Umstellung des Handels auf Weltmarktpreise und Devisen seit An-fang 1991 bei Fortbestand des Wirt-schaftsembargos durch die USA und den Westen nimmt die Wirtschaftskrise 1991 dramatische Formen an. Statt den Reformkurs fortzusetzen, hat man seit Mitte 1990 wieder zur Notenpresse ge-griffen, um das Haushaltsdefizit zu dek-ken. Das bedeutet Inflation und weitere Erosion von Vertrauens in Staat und Partei.

Der für Anfang 1991 geplante, jedoch mehrfach verschobene VII. Parteitag wird für die Führung die Stunde der Wahrheit bedeuten. Der Entwurf des Rechenschaftsberichtes läßt auf eine harte Auseinandersetzung innerhalb der Partei schließen und ist voller Wi-dersprüche: die zentrale Planwirtschaft soll um die freie Marktwirtschaft erwei-tert, die Führungsrolle der Partei durch Demokratisierung gestärkt und die Be-ziehung zu den sozialistischen Bruder-ländern durch die Öffnung zum Westen intensiviert werden. Offensichtlich geht es gar nicht mehr um Reformen, son-dern allein um die Existenz der Partei. Denn auf nichts wird so hart reagiert, wie auf Forderungen nach der Teilung der Macht durch Pluralismus und ein Mehrparteiensystem. Generalsekretär Nguyen van Linh sagte 1990 beim sech-sigsten Jahrestag der Parteigründung: „Neben der Kommunistischen Partei gibt es keine Partei, die irgendeine Klas-

Ländern und hebt insbesondere Laos, Kambodscha und China her-vor. Die umworbenen Partner im Westen finden dagegen nur indirekt Erwähnung, wenn es heißt: „Viet-nam ist bereit, Freundschafts- und Kooperationsbeziehungen mit allen Ländern aufzunehmen oder auszu-dehnen, unabhängig von ihrer sozial-politischen Herrschaftsform.“

Die vom ZK der KP Vietnams vorge-legte Plattform erweist sich als ein Dokument, das der vietnamesischen Führung keine Hilfe bei der Lösung der immensen wirtschaftlichen, poli-tischen und sozialen Probleme des Landes sein wird. Es ist der untaugliche Versuch der sich auf den Marxis-mus-Leninismus berufenden Partei-führer, ihrer Herrschaft eine neue Le-gitimation zu geben. Klaus Fritsche

Nur noch Almosen aus Moskau

Am 31.1.1991 unterzeichneten Moskau und Hanoi zwei neue Wirtschaftsabkommen, in deren Folge die sowjetische Wirtschaftshilfe an Vietnam faktisch eingestellt wird.

Am schwerwiegensten wird sich die vollständige Streichung der sowjetischen Kredite auswirken, mit denen Vietnam in den vergangenen Jahren das große Außenhandelsdefizit abdecken konnte. 1989 betrug dieser Betrag 984 Mio. und 1990 noch 600 Mio. Rubel. Bezüglich von Investitionskrediten sehen die Abkommen eine Beendigung einiger sich im Bau befindlicher Anlagen vor. Bereitgestellt werden dafür 100 Mio. Dollar aus nicht ausgeschöpften alten Zusagen. Unterstützung für neue Projekte, Vietnam brachte eine Erdölraffinerie

ins Spiel, wurde jedoch verweigert, nachdem 1986-1990 für diesen Zweck 2,7 Mrd. Rubel zugesagt worden waren.

Größtes Problem ist die Behandlung der auf 10 Mrd. Rubel geschätzten vietnamesischen Schulden. Nach der Umstellung des gegenseitigen Handels auf Devisen ist der erste Schritt die Festlegung eines Umtauschkurses für diese Rubelschulden. Umstritten sind aber auch Umfang und Methoden der Rückzahlung. Während Vietnam sich als zahlungsunfähig betrachtet, fordert Moskau bis 1985 die Rückzahlung von 1 Mrd. Rubel. Die hierzu gemachten Vorschläge sollen u.a. auch Debt-Equity-Swap-Maßnahmen enthalten, d.h. die Umwandlung der Schulden in sowjetische Eigentumsanteile an vietnamesischen Firmen.

Diese Maßnahmen führen zu einer erheblichen mengenmäßigen Einschränkung der sowjetischen Exporte nach Vietnam. So sollen die Öllieferungen, die 1989 noch 1,85 Mio. Tonnen betragen, auf 800.000 t reduziert werden. Die Stahllieferungen sollen um die Hälfte gekürzt werden, Einschränkungen gibt es auch bei Düngemitteln und Baumwolle. Da Vietnam diese Lieferungen in der Vergangenheit durch die Lieferung auf dem Weltmarkt nicht absetzbarer Produkte bzw. durch sowjetische Kredite finanzieren konnte, ist der Ersatz dieser Bezugsquellen durch westliche Lieferanten zumeist nicht möglich. Für 1991 sind in vielen Bereichen Lieferengpässe zu erwarten.

Klaus Fritsche

se oder soziale Gruppe vertreten würde und die führende Rolle beanspruchen könnte...unter den vietnamesischen Bedingungen gibt es augenblicklich und auch in Zukunft keine objektive Notwendigkeit, Oppositionsparteien zu gründen.“

Das Mandat des Himmels (Volkes) verwirkt

Teils geht die Kritik an der Partei noch tiefer und berührt ihre ideologischen Grundlagen. Die Parteiführung regiere mit einem konservativen Absolutheitsanspruch, der nicht aus dem Marxismus, sondern aus konfuzianischem Staatsverständnis stamme. Durch die Reduzierung menschlicher Beziehungen auf eine sozialistisch begründete Sach- und Warenbeziehung trage sie zur Entfremdung und Dehumanisierung der Gesellschaft bei. Die buddhistisch begründete Integration von Natur und Gesellschaft sei durch einen primitiven Ökonomismus verdrängt worden, wodurch die Gesellschaft von ihren besten sozialen und ökologischen Traditionen entfremdet worden sei. Unser Gesprächspartner in Saigon, der Wirtschaftswissenschaftler und Präsident der Handels- und Finanzierungsgesellschaft, machte an seinen eigenen Kindern deutlich, was er meinte. In Schule und Jugendclubs seien sie durch die Verinnerlichung von stereotypen Feindbildern und einer Ideologie von Konfrontation und Kampf von der eigenen Familie und der sozialen Traditionen der Gesellschaft von Konsens, Harmonie und Kooperation entfremdet worden.

Kritik an der Partei ist in Vietnam allgegenwärtig und scheint sogar als Ventil



Sogar Reis für den Export.

Foto: Heinz Kotte

für den Unmut über Mißstände geduldet zu werden. Nur wenn sie organisierte Formen annimmt und ins Ausland dringt, reagiert die Führung mit scharfen Repressionen, wie beim Verband der ehemaligen Widerstandskämpfer in Saigon, den Vorstehern der buddhistischen An Quang Pagode, Kirchenführern, wie Pater Chan Tin oder Schriftstellern, wie Frau Duong Thu Huong, die Mitte April inhaftiert wurde. Die prominenten Kritiker bringen lediglich zum Ausdruck, was im Lande in aller Munde ist, wie der alte Prof. Nguyen Khac Vien, der sich auf keine Diskussion mit der Partei mehr einläßt, sondern den Rücktritt der Führung fordert. Sie hat nach seiner Meinung den Auftrag des Volkes verspielt, das „Mandat des Himmels“ nach konfuzianischem

Gesellschaftsverständnis. (vgl. den Wortlaut seines Briefes an die Partei in dieser Ausgabe) Bui Tin, der brillante Journalist und Regimekritiker, leitet aus seiner Kritik auch Lösungsvorschläge ab: „Gegenwärtig ist es angemessen, ein authentisch demokratisches Regime auf breiter Basis aufzubauen und die sozialistische Option offen zu halten, deren Inhalt erst zu bestimmen ist.“ Er schlägt einen „Runden Tisch“ vor, um mit allen gesellschaftlichen Kräften, einschließlich den ins Ausland geflüchteten Vietnamesen, einen Konsens zu erarbeiten, um freie Wahlen für eine Nationalversammlung durchzuführen und eine demokratische „Regierung für den nationalen Aufbau“ zu bilden.

Heinz Kotte